



Der russische Aggressor und in Deutschland antiamerikanische Ablehnung von Tomahawks

Dr. Klaus Olshausen

Oktober 2024

Zusammenfassung

Die schwierige Lage der Ukraine an der Front und – mit Blick auf den Winter – im ganzen Land wegen Russlands fortgesetzter Angriffe v.a. auf die Energieinfrastruktur erfordert machtvolle, gezielte, schnelle Unterstützung auf allen Wegen und Ebenen. Aber der Ramstein Gipfel fällt aus, Selenskyjs Rundreise bringt bekannte klare Worte und auch Unterstützung. Aber immer nur so viel, dass der Aggressor auf seinen Vorteil rechnen kann. Und dann gibt es eine zunehmende Gruppe in Deutschland, die Putins Mär vom russischen Abwehrkrieg verbreitet, deshalb Waffenlieferung ablehnt und einen Waffenstillstand faktisch zugunsten Russland fordert.

Und nun kommt noch die antiamerikanisch unterlegte Ablehnung der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen hinzu. Dass Russland mit seinen Raketen schon jetzt ein Einschüchterungs- und Erpressungspotenzial besitzt und es immer wieder zu Drohungen nutzt, wird kleingeredet. Diese Stationierung der Tomahawks ab 2026 leistet dagegen einen Beitrag zu abgestuft wirksamer Abschreckung des Westens. Sie sind ein Element, um Russland klarzumachen, dass es die „erweiterte Abschreckung“ der NATO nicht unterlaufen kann und endlich seine „kinetische Handlungen“ gegen Gebiete außerhalb seiner Landesgrenzen aufgeben und in der Ukraine zurücknehmen soll.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Wie sind diese beiden Wirklichkeiten einzuordnen?

Letzte Woche entfiel das wichtige Treffen der sog. Ramstein Kontaktgruppe auf Ebene der Regierungschefs, weil Präsident Biden wegen des drohenden Hurrikans MILTON im Lande bleiben musste. Schon die Tatsache, dass sich alle anderen 49 Teilnehmer danach nicht mehr treffen wollten, zeigt, dass für die Verteidigung der Ukraine nichts Ausschlaggebendes ohne die Führung der USA möglich ist, bzw. die anderen sich das nicht zutrauen.

Da die schwierige Lage der Ukraine an der Front und – vor dem Winter – im ganzen Land aber mehr und gezielte Unterstützung auch der Europäer unverzichtbar macht, versuchte Präsident Selenskyj in London, Paris, Rom und Berlin für seine Forderungen Zusagen zu gewinnen. Es gab viele starke Worte und auch Unterstützungspakete unterschiedlicher Art.

Als Einschätzung bleibt aber, dass „solange wie nötig“ und „die Ukraine muss gewinnen“ – nach fast 1000 Tagen brutaler Angriffe – nicht zu den notwendigen Maßnahmen der 50 Staaten führen, um den – von Scholz hervorgerufenen – „gerechten Frieden auf der Basis des Völkerrechts“ möglichst schnell zu erreichen.

Dass Worte und Taten nicht zielorientiert korrelieren, folgt aus der Ausrichtung an Risikovermeidung statt daran, zügig das Ziel zu erreichen, den Aggressor zurückzuweisen. Während also die meisten Regierungen von EU, NATO und Partnern eine freie, souveräne Ukraine wollen, hindern ihre Risikoabschätzung und eine Reihe innenpolitischer Interessen, den Mitteleinsatz nach Quantität und Qualität so rechtzeitig zu leisten, dass ihr Ziel, den Aggressor zu stoppen und die Ukraine von seinem Joch zu befreien, durchgesetzt werden kann.

Noch gravierender sind die Gruppen, die Putins Aggression als Abwehr westlich-ukrainischer Ränke gegen Russland erklären und damit einer besorgten Bevölkerung das Putinsche Narrativ einreden und dann noch die weitere Unterstützung der Ukraine als „kriegstreiberisch“ brandmarken.

Diesem seit über zwei Jahren erlebten Vorgehen hat die – unter dem Eindruck der Aggression Russlands – zwischen Präsident Biden und Bundeskanzler Scholz getroffene Vereinbarung, – ab 2026 amerikanische MFK Tomahawks mit konventionellem Sprengkopf und einer Reichweite von bis zu 2700 km in Deutschland zu stationieren, eine anti-amerikanisch unterlegte Kampagne gegen diese Stationierung hinzugefügt.

Diese ist wesentlich von Sahra Wagenknecht und ihrem Bündnis ausgelöst und wird mit teilweise abstrusen Behauptungen, Kleinreden der russischen Potenziale und angeblichen Angriffsoptionen amerikanischer Multidomain Task Forces betrieben. So behauptet sie, der Tomahawk mit konventionellem Sprengkopf ermögliche „Enthauptungsschläge“ gegen Russland. Erstens ist dies ein Begriff aus der atomaren Kriegführung, und ein möglicher Einsatz war v.a. von Atom-U-Booten mit Atomraketen vorgesehen.

Mit wenigen konventionellen Tomahawks ist ein solcher Einsatz keine Option. Und dass Deutschland erst mit Tomahawk 2026 ein russischer Zielpunkt sein wird, verdreht einfach die Realität. Schon jetzt sind russische Raketen unterschiedlicher Reichweite und Sprengkraft, auch atomar, auf Deutschland gerichtet. Die Einschüchterungs- und Erpressungsszenarios des Kreml bestehen schon. Putins und Medwedews wiederholte Androhungen von nuklearen Einsätzen seiner reichlichen Raketen sollen Sorgen in Deutschland und Europa steigern, um die Unterstützung der Ukraine zu verringern oder – wie Sahra Wagenknecht es will – zu verhindern.

Und nun zur Entscheidung kommender Stationierung weitreichender landgestützter Marschflugkörper und Raketen in Europa. Die bilaterale deutsch-amerikanische Vereinbarung ist eine verspätete Konsequenz aus den



seit über zehn Jahren erkannten russischen Verstößen gegen das INF-Abkommen. In deren Folge haben die NATO-Staaten Ende 2018 die Entscheidung der USA unterstützt, diesen nur noch von einer Seite eingehaltenen Vertrag zu kündigen und am 2. August 2019 zu verlassen. Trotz der Aggression in der Krim und im Donezk seit 2014, sah die NATO offensichtlich noch Chancen zu einem Dialog mit Russland und verzichtete deshalb – wie es hieß – spiegelbildlich zu antworten.

Und so verkündete man schon Monate vor dem 2. August, was man nicht machen will: die Stationierung landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen oder Marschflugkörper. Im August 2019 schrieb ich: „Die Absage der NATO an eine landgestützte Option ist fehlender Einigkeit geschuldet und nicht überzeugendes Ergebnis einer sachlichen und strategischen Analyse für das Schließen einer erheblichen Lücke in der ‚erweiterten Abschreckung‘ der USA für NATO-Europa“.

Jetzt, fünf Jahre später und über zwei Jahre nach Putins Überfall auf die Ukraine, ist die Hoffnung auf den damals noch gesehenen Abrüstungsdialog auf dem Nullpunkt. Jetzt kommt es darauf an, dass Putin und Russland klar gezeigt wird, dass jede Einschüchterung, Erpressung von NATO-Staaten ins Leere läuft. Denn gegen jede Drohung muss die glaubwürdige Antwort stehen, dass jeder Angriffsschritt oder gar Angriff gegen NATO-Staaten die Ausschaltung wichtiger militärischer Einrichtungen und Waffensysteme in Russland mit sich bringt.

Es dient der erweiterten Abschreckung, wenn der Verbund Amerikas und Europas in der Lasten- und Risikoverantwortung Russland deutlich aufgezeigt wird. Das kommt in der Stationierung landgestützter weitreichender Systeme auf europäischem Boden, möglichst in mehreren Bündnisstaaten zum Ausdruck. Die USA hatten das schon 2019 verstanden und deshalb begonnen, landgestützte Raketen zu entwickeln und sie in Asien und im Pazifik zu stationieren. Nun hat sich Bundeskanzler Scholz dieser Abschreckungserkenntnis durch landgestützte Mittelstrecken mit konventionellen Sprengköpfen angeschlossen.

Fazit: Diese erst noch zu implementierende Maßnahme dient der Sicherheit des Bündnisses insbesondere dann, wenn weitere europäische Staaten dabei sein werden. Sie stellt keine Provokation Russlands dar, sondern signalisiert Putin, seine „kinetische Hand“ endlich von Gebieten außerhalb seiner anerkannten Landesgrenzen zu lassen und aus der Ukraine zurückzunehmen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen